

Don Quijote in Brüssel? Der Kampf von Transparency International für Transparenz und Rechtsstaatlichkeit und gegen Korruption und Bestechlichkeit

So der Titel unseres Webtalks am 13. November 2024 mit Ilaria Schmoland und Pia Engelbrecht-Bogdanov von Transparency International EU in Brüssel.

Transparency International (TI) ist Teil einer weltweiten Anti-Korruptions-Bewegung, die sich vehement für eine stärkere Regulierung der Lobbyarbeit einsetzt. Dazu gehören ein öffentliches Register und ein durchsetzbarer Verhaltenskodex zur Verhinderung unzulässiger Einflussnahme. Dass es in Brüssel mit Parlament und Kommission zwei voneinander unabhängig agierende Institutionen gibt, die von massiver Einflussnahme betroffen sind, macht es für TI nicht einfacher. Die Kommission hat zwar einen Kommissar für Transparenz und Ethikregeln; und das Parlament verlangt von seinen Abgeordneten inzwischen eine „declaration of financial interests“, in der die Nebeneinkünfte und Nebenjobs aufgeführt werden müssen. Nur: es wird nicht wirklich kontrolliert und schon gar nicht sanktioniert. So bleibt Selbstkontrolle (vielleicht bewusst) unwirksam. Hier der TI-Faktencheck, der auf einer Auswertung vom Mai 2024 beruht:

FAKTEN ZUR DATENANALYSE VON TI EU

- Jedes vierte Mitglied übt eine Nebentätigkeit aus
- Insgesamt 8,7 Millionen Euro
- Während die Mitglieder des Europäischen Parlaments 120.000 Euro im Jahr verdienen
- Verwischt die Grenze zwischen persönlichen und politischen Interessen
- Was sind die wahren Beweggründe?



FAKTEN ZUR DATENANALYSE VON TI EU

- Abgeordnete der Mitte sowie des rechten und äußerst rechten politischen Spektrums (RE, EVP, ECR, ID) haben eher bezahlte Nebenjobs
- Sie verdienen im Durchschnitt mehr Geld als die Abgeordneten der Linken
- 16 der 20 bestverdienenden Abgeordneten des Europäischen Parlaments kommen aus den rechten Fraktionen



Abgeordnete des EU-Parlaments dürfen nebenher einer bezahlten Tätigkeit nachgehen. Das ist nicht verboten. Dass es aber so viele machen (Tätigkeiten z.B. in Verbänden und Organisationen) und sich dadurch automatisch mannigfache Interessenkonflikte ergeben müssen, sollte die Bürger:innen besorgt machen.

Zumal wenn dieses Phänomen vor allem im politisch Mitte-Rechts-Spektrum beobachtet wird. Entsprechendes Abstimmungsverhalten konnte bereits beobachtet werden.

Immerhin: Das seit 2021 verpflichtende EU-Transparenzregister listet Schlüsselinformationen über 12 000 Lobbyisten (Verbände, Unternehmen, NGOs usw.) auf. Damit sind erstmalig alle Akteure erfasst, die direkt oder indirekt Einfluss nehmen auf politische Entscheidungen in der EU. Das erleichtert z.B. TI die Arbeit; die Auswertung dieser Datensätze ist jetzt schneller möglich.

Unter diesen eingetragenen Lobbyisten findet man auch die „Big 7“ der fossilen Brennstoffindustrie: BP, Chevron, Eni, Equinor, ExxonMobil, Total Energies und Shell. Ilona Schmoland führt aus, dass sich die zweite Legislatur von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vom „Green Deal“ verabschiedet und als neues Ziel den „Clean Industrial Deal“ ausgerufen habe. Diese Kursänderung haben auch die „Big 7“ aufmerksam registriert und vervielfachen ihre Lobbyanstrengungen. Die Analyse der Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen 2023 in Dubai (COP 28) weist schon in die Richtung. Der Einfluss großer Lobbygruppen auf die EU-Klimaentscheidungen ist ein Fakt. Das hat TI herausgefunden:

The Big 7 und ihr 'network of influence'

- Mehr als **50** gemeldete Organisationen, mehr als **1000 Sitzungen** und ein Budget von fast **64 Millionen** Euro
- Zwei Drittel der Treffen betreffen den **Green Deal**
- Führungskräfte der großen sieben Ölgesellschaften sitzen in **16 von 45** Verwaltungsräten und gestalten die Lobbyarbeit in **35 %** dieser Organisationen
- **74%** der Vorstandsmitglieder sind männlich
- Mehr als **ein Drittel** der Netzwerke nahmen am COP28 teil



Es gibt Grund zur Sorge, ja. Aber keinen Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. TI listet plausible Forderungen auf, welche sicherstellen könnten, dass der Zugang zu politischen Entscheidungsträgern in Brüssel nicht denjenigen vorbehalten bleibt, die das größte Budget für Lobby-Arbeit haben. Lobbying, so sagt Ilaria Schmoland, ist Teil des demokratischen Prozesses. Es braucht aber klare Spielregeln, Transparenz und definierte Grenzen zwischen politisch zulässigem und politisch unzulässigem Lobbyismus. Deshalb fordert TI:

LOBBYTRANSPARENZ ZENTRALE EMPFEHLUNGEN

1. Eine **allgemeine und einheitlich angewandte Definition des Begriffs „Lobbyist“** für alle **öffentlichen Einrichtungen, die Akteure erfasst und Schlupflöcher verhindert.**
2. **die Einführung eines Registers von Lobbyisten, das in einem offenen Datenformat veröffentlicht wird und an einen durchsetzbaren Verhaltenskodex gebunden ist -> fördert Transparenz und ethische Lobbypraxis**
3. **Veröffentlichung von Lobbytreffen oder Lobbyaktivitäten aller an der Ausarbeitung von Gesetzen beteiligten Beamten -> Förderung des Verständnisses und der Verantwortlichkeit für den Entscheidungsprozess**